



China als sicherheitspolitischer Akteur

ARBEITSKREIS INTERNATIONALE SICHERHEITSPOLITIK

Oktober 2011

- Es gibt bislang keine sicherheitspolitischen Konflikte zwischen Europa und China. Dennoch bleiben sicherheitspolitische Interessen der EU und ihrer Mitgliedsländer von den aktuellen Entwicklungen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik nicht unberührt. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der globalen und regionalen Machtverschiebungen, die mit Chinas wirtschaftlichem und militärischem Aufstieg einhergehen. Davon ist auch die NATO betroffen, die aktuell eng mit Russland kooperiert und sich in Zukunft auch stärker mit China befassen muss.
- Bislang ist unklar, welche Motive China in der eigenen Region sowie international verfolgt und ob diese in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie eingebettet sind. Grundsätzlich lässt sich aber feststellen:
- Es gibt ein Spannungsverhältnis zwischen dem außenpolitischen Konzept der »Harmonischen Welt« und den von wachsendem Selbstbewusstsein getriebenen Ambitionen Chinas zum internationalen Aufstieg.
- Die von China selbst deklarierte defensive Außen- und Sicherheitspolitik wird von den USA sowie von Chinas Nachbarländern deutlich anders wahrgenommen.
- China muss aufgrund der ständigen Gefahr der Destabilisierung einiger Regionen einen großen Teil seiner militärischen und sicherheitspolitischen Aufmerksamkeit auf interne Probleme konzentrieren. Daher wird die Fähigkeit zur internationalen Machtprojektion sowie zur Übernahme von mehr globaler Verantwortung weiterhin eingeschränkt bleiben.



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Chinas Interessen und Strategie	4
2.1 Kanon der Kerninteressen	4
2.2 Territorialgrenzen versus Interessensgrenzen	4
2.3 Chinas Nuklearstrategie	5
3. Wo tangiert chinesische Sicherheitspolitik europäische/deutsche Sicherheitspolitik?	6
3.1 Maritime Konflikte in Asien	6
3.2 Chinas Rolle in Zentralasien/Afghanistan	7
3.3 Chinas Rolle auf der Koreanischen Halbinsel	8
3.4 Chinas Beziehungen zu Indien	9
3.5 Chinas Waffenverkaufs-Diplomatie	10
3.6 Chinas technologische Herausforderung	11
3.7 Chinas Verhalten im Rahmen der Vereinten Nationen	12
4. Zusammenfassung der aktuellen Entwicklungen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik	14

1. Einleitung

Die Volksrepublik China hat in den Jahren 2008 bis 2011 – nicht zuletzt ausgelöst durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise und die vergleichsweise erfolgreiche Krisenbewältigung – regional wie international eine deutlich selbstbewusstere Interessenpolitik verfolgt als zuvor. So wurde die Krise der westlichen Volkswirtschaften in China auch als Beginn eines Strukturwandels in der globalen Machtverteilung bewertet. Obwohl Peking stets eine defensive Verteidigungspolitik für sich deklariert, weckt das international offen zur Schau gestellte neue Selbstbewusstsein sowie die gleichzeitig verstärkte vorangetriebene Modernisierung der Volksbefreiungsarmee (VBA) vor allem in der Region Ängste, dass Peking zukünftig mit einem deutlich robusteren Vorgehen neben seinen wirtschaftspolitischen auch seine außen- und sicherheitspolitischen Interessen durchzusetzen versucht. Genährt werden diese Befürchtungen zusätzlich durch den intransparenten sicherheitspolitischen Entscheidungsprozess Chinas, der aus Sicht der betroffenen Länder zu einer Absicherung gegen das Ungewisse führt. Dabei stellt sich grundsätzlich die Frage, welche Motive China in der eigenen Region sowie international verfolgt und inwieweit diese in eine sicherheitspolitische Gesamtstrategie eingebettet sind.

Europas Rolle als sicherheitspolitischer Akteur in Asien ist bislang sehr begrenzt. Mit Ausnahme einer Beteiligung am NATO-geführten ISAF-Einsatz in Afghanistan begnügen sich die Europäer in anderen sicherheitspolitischen Brennpunkten in Asien – Taiwanstraße, koreanische Halbinsel, Südchinesische See, Indisch-Pakistanischer Konflikt – bislang vor allem mit einer Beobachterrolle. China sieht die EU und ihre Mitgliedsländer vor allem als wichtigen Handels- und Wirtschaftspartner, jedoch nicht als relevanten außen- und sicherheitspolitischen Akteur, auf den es seine eigene Agenda abstimmen müsste. Wichtigste Bezugsgröße für die chinesische Außen- und Sicherheitspolitik sind hingegen weiterhin die Beziehungen zu den USA.

Die europäische Sichtweise ist davon geprägt, dass es keine sicherheitspolitischen Konflikte mit China gibt; sicherheitspolitische Bedenken werden durch die herrschende wirtschaftliche Zuversicht in den Hintergrund gedrängt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass europäische Sicherheitsinteressen von den Entwicklungen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik und in der

Region unberührt bleiben. Zunächst hat die EU aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung mit den Ländern Asiens ein großes Interesse an der Stabilität der global wichtigsten Wachstumsregion. Die Mitgliedschaft in der NATO verbindet die Sicherheitsinteressen der europäischen Mitgliedsländer mit denen der Vereinigten Staaten von Amerika, die sehr stark im pazifischen Raum engagiert sind. Abgesehen von diesen engeren verteidigungspolitischen Aspekten umfassen die Sicherheitsinteressen Europas das Funktionieren der multilateralen Ordnung wie der Vereinten Nationen (VN) und der Rüstungskontrollregime, die Sicherheit internationaler Handelswege und kritischer Infrastruktur sowie die Prävention und Eindämmung von Krisen und Konflikten. Inwiefern sich China in seinem Nachbarland Afghanistan engagiert, wie Peking sich in der Südchinesischen See verhält, welchen Einfluss die Volksrepublik auf der koreanischen Halbinsel ausübt, wie China im Rahmen der Vereinten Nationen agiert, Rüstungskontrollen praktiziert, seine Beziehungen zum Iran, zu Pakistan und zu Indien gestaltet, welche Ziele Peking mit einer militärpolitischen Kooperation mit dem NATO-Mitglied Türkei verfolgt oder inwieweit Hochtechnologie militärisch genutzt wird, hat konkrete Relevanz für europäische und somit auch für deutsche Sicherheitspolitik.

Der verstärkte Machtzuwachs Chinas erhöht für die EU und ihre Mitgliedstaaten zusätzlich die Notwendigkeit einer Strategie, den friedlichen Aufstieg der Volksrepublik sowohl in der Region als auch international zu begleiten und einen verantwortungsvollen Umgang der chinesischen Regierung mit ihrer wachsenden Machtfülle zu fördern. Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob und welche Möglichkeiten es für eine engere sicherheitspolitische Kooperation mit China gibt. Um mögliche Potenziale zu identifizieren, muss jedoch zunächst das sicherheitspolitische Profil der Volksrepublik deutlich gemacht werden. Welches sind die wichtigsten Interessen, was sind die Motive, Kriterien der Entscheidungsfindung sowie Schlüsselfähigkeiten der chinesischen Sicherheitspolitik? Im vorliegenden Papier werden diese skizziert sowie beispielhaft aufgezeigt, in welchen Bereichen deutsche und europäische Sicherheitsinteressen durch Chinas Sicherheitspolitik tangiert werden.

Institutionen

Die Führungen der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) und der Volksbefreiungsarmee (VBA) sind seit der Bürgerkriegszeit aufs Engste miteinander verbunden. Das 1997 verabschiedete Gesetz über die Landesverteidigung legt fest, dass die Streitkräfte der VR China der Führung der KPCh unterstehen und als bewaffneter Arm der KPCh fungieren. Oberstes militärisches Entscheidungsorgan ist dementsprechend die elfköpfige ZK-Militärkommission (ZKM). Das Verteidigungsministerium spielt hingegen eine untergeordnete Rolle und dient überwiegend protokol-larischen Zwecken, um ausländischen Gepflogenheiten zu entsprechen.

Der erste innere Ring von Entscheidungsträgern des ZKM und gleichzeitig das wichtigste Exekutivorgan ist der Generalstab. Den zweiten Ring bilden mit dem Generalstab die so genannten »vier Abteilungen« für Politik, Logistik und Ausrüstung.

Das ZKM berät sich in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit dem neunköpfigen Ständigen Ausschuss des Politbüros und der »kleinen Führungsgruppe für nationale Sicherheit«, für »Taiwanangelegenheiten« sowie für »außenpolitische Arbeit« (Mitglieder der kleinen Führungsgruppe sind Staatsrat Dai Bingguo, der Minister der Internationalen Abteilung beim ZK der KPCh Wang Jiarui, Außenminister Yang Jiechi, Handelsminister Chen Deming, Verteidigungsminister Liang Guanglie und der Minister für Staatssicherheit Geng Huicheng. Staatsrat Dai Bingguo, der direkt Hu Jintao untersteht, gilt allgemein als der einflussreichste Außenpolitiker Chinas). Über den Generalstab verläuft die Kommandolinie weiter zu den sieben großen Militärbezirken (Shenyang, Beijing, Lanzhou, Jinan, Nanjing, Guangzhou und Chengdu), welche die einzelnen Teilstreitkräfte befehligen.

2. Chinas Interessen und Strategie

2.1 Kanon der Kerninteressen

Die Volksrepublik erklärt in dem Ende März 2011 erschienenen »Weißbuch zu Chinas nationaler Verteidigung 2010« (Weißbuch 2010), eine defensive Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen. Dieses Konzept bleibt aber unscharf, und somit trägt das Weißbuch nur wenig zu einem besseren Verständnis oder auch einer höheren Transparenz chinesischer Sicherheitspolitik bei. Das Grundprinzip lautet »aktive Verteidigung« (jìqí fāngyù). Demnach wird ein Angriffskrieg abgelehnt, während das Militär in die Lage versetzt werden soll, im Falle eines Angriffs erfolgreich zurückzuschlagen. Die territoriale Integrität und Selbstbestimmung bleibt weiterhin das erklärte oberste Ziel der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik. In Bezug auf ihre Kerninteressen – die territoriale Integrität und nationale Souveränität – ist die Volksrepublik kaum zu Zugeständnissen bereit (beispielsweise einem Gewaltverzicht gegenüber Taiwan). Im Falle einer formalen Unabhängigkeitserklärung Taiwans oder politischer Autonomiebestrebungen in Tibet und der autonomen Region Xinjiang sähe Peking die eigenen Kerninteressen gefährdet und würde dementsprechend nicht

auf die Anwendung von Gewalt verzichten. So muss sich die chinesische Führung als Hüterin der nationalen Souveränität gegenüber den wichtigsten außen- und sicherheitspolitischen Akteuren sowie der eigenen Bevölkerung verantworten.

2.2 Territorialgrenzen versus Interessensgrenzen

Die bislang eng gefassten nationalen Interessen werden zunehmend breiter definiert. Staats- und Parteichef Hu Jintao, der gleichzeitig als Oberbefehlshaber der Streitkräfte fungiert, hat die Volksbefreiungsarmee (VBA) kurz nach seinem Amtsantritt als Vorsitzender der ZK-Militärkommission (ZKM) im Jahr 2004 aufgefordert, »Chinas wachsende nationale Interessen« zu schützen. Demnach besteht die Aufgabe der VBA nicht mehr nur darin, die Territorial-, sondern auch chinesische »Interessensgrenzen« außerhalb der eigenen Landesgrenzen zu schützen.

Damit verbunden ist eine Gewichtsverlagerung von Heer, Marine und Luftwaffe. Liegt das Verhältnis momentan bei 60:20:20, soll es sich in den kommenden Jahren auf 50:25:25 einpendeln. Die Umstellung der Marinestrategie

gie von einer Küsten- zu einer Hochseeverteidigung ist dabei einer der entscheidenden Faktoren. So forderte der Oberkommandierende der chinesischen Marine Wu Shengli bereits im Jahr 2006 eine starke Marine, um die strategischen Seewege für Güter- und Energietransporte und für die chinesische Fischereiflotte zu sichern.

Auch der Aktionsradius der Luftwaffe soll schrittweise vergrößert werden: Im Rahmen eines dreiwöchigen Antiterrormanövers namens *Friedensmission 2010*, das China gemeinsam mit Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan im September 2010 durchführte, wurden bspw. auch grenzübergreifende Luftangriffe über größere Distanzen trainiert. Dabei wurden sechs Kampfflugzeuge von einem Aufklärungsflugzeug und einem Tankflugzeug unterstützt. Im Oktober 2010 führte die VBA zur Irritation der USA und anderer westlicher Länder ein gemeinsames Luftwaffen-Manöver mit dem NATO-Mitglied Türkei durch, bei dem ebenfalls der zunehmende Aktionsradius der chinesischen Luftstreitkräfte getestet wurde. Damit wurde der Außenwelt aufgezeigt, dass die chinesische Luftwaffe ihren Projektionsradius mittelfristig auch auf die Golfregion und Europa ausdehnen könnte. Die an der Übung teilnehmenden Flugzeuge wurden in Pakistan und im Iran aufgetankt. Im März 2011 veranstalteten die chinesische und die pakistanische Luftwaffe gemeinsam ein mehrwöchiges Manöver mit dem Namen *Shaheen 1* im pakistanischen Luftraum.

2.3 Chinas Nuklearstrategie

Die Tatsache, dass sich der Großteil des in China generierten BIP entlang der Ostküste konzentriert, macht diese Ballungszentren nicht nur aus der Luft, sondern auch über die See zu sensiblen Zielen. Auch um diese Zentren effektiv zu schützen und aus potenziellen Konflikten in der Zukunft möglichst herauszuhalten, hat die VBA in den vergangenen Jahren verstärkt ihre Marine- und Luftwaffe-Kapazitäten ausgebaut. Vor allem bemüht sich die Volksrepublik um eine glaubhafte Zweitschlagfähigkeit. Eine der größten Sicherheitsbedenken aus chinesischer Sicht besteht darin, dass die eigene nukleare Abschreckung durch eine Kombination aus einem Erstschlag (nuklear oder konventionell) der USA, einem westlichen Raketenschirm und dem Verkauf von antibalistischen Raketen an Chinas Nachbarn, vor allem Japan und Taiwan, neutralisiert werden könnte.

Vor diesem Hintergrund fand in den letzten Jahren eine Neubewertung der bisherigen Strategie der »minimalen Abschreckung« hin zu einer Doktrin der »begrenzten bzw. abgestuften nuklearen Abschreckung« statt. In der Praxis zeigt sich die Neuausrichtung sowohl an der Weiterentwicklung von mobilen Interkontinental- (DF-31 und DF-31-A) und Mittelstreckenraketen sowie an mit ballistischen Raketen bestückten U-Booten, die schwer zu lokalisieren sind. Amerikanische Militärs gehen davon aus, dass die VBA auch Interkontinentalraketen mit nuklearen Mehrfachsprengköpfen besitzt. Darüber hinaus veröffentlichte die *Chinesische Verteidigungszeitung* einen Bericht über den Bau eines riesigen Tunnelsystems in der nordöstlich liegenden Provinz Hebei. Dieses Tunnelsystem, das sich über eine Strecke von mehr als 3 000 Kilometer erstreckt, dient ebenfalls der Verbesserung der Zweitschlagfähigkeit.

China nimmt derweil für sich in Anspruch, die einzige der anerkannten fünf Atommächte zu sein, die einen »atomaren Erstschlag« ausschließt: Eine Strategie, die insbesondere Chinas Nachbarländer davon abhalten soll, sich von China atomar bedroht zu fühlen und ebenfalls nach Atomwaffen zu streben. Die Bedingungen, unter denen Chinas Erstschlag-Ausschluss Geltung hat, werden in chinesischen Fachkreisen jedoch intensiv debattiert und bleiben insgesamt undurchsichtig. Dabei wird sich auch zeigen, inwiefern das in den vergangenen Jahren von den USA verstärkt vorangetriebene *Prompt Global Strike-System* – für konventionelle Militärschläge – die chinesische Atomdoktrin beeinflussen wird.

International unterstützt China laut des Weißbuchs 2010 allerdings die Vision einer Welt ohne Nuklearwaffen. Nach Aussage von Cheng Jingye, Generaldirektor der Abteilung Rüstungskontrolle beim chinesischen Außenministerium, müssten jedoch zunächst die USA und Russland ihr Arsenal erheblich verringern, bevor auch China zu einem solchen Schritt bereit wäre. Dies zeigte sich auch, als die USA und Russland im April 2010 im *New START-Vertrag* eine neue Obergrenze für die Zahl der einsatzbereit gehaltenen strategischen Atomsprengköpfe beider Länder vereinbarten. Die amerikanisch-russischen Vereinbarungen wurden von Peking zwar begrüßt, es wurden allerdings keine eigenen Reduktionen in Aussicht gestellt.

3. Wo tangiert chinesische Sicherheitspolitik europäische/deutsche Sicherheitspolitik?

3.1 Maritime Konflikte in Asien

Nicht nur werden in der Südchinesischen See größere Erdöl- und Erdgasfelder vermutet, sie ist auch eine der weltweit am meisten befahrenen Schifffahrtsstraßen in Richtung Persischer Golf und Europa und daher auch für europäische Handelsinteressen extrem wichtig. Insgesamt beansprucht die Volksrepublik vier Fünftel des Meeresgebiets und zieht die Seegrenzen auf den eigenen Karten bis kurz vor die Küste der Nachbarländer.

Dabei verweist Peking auf die historische Zugehörigkeit des Seegebiets zu China und interpretiert die UN-Konvention zum Seerecht (UNCLOS) im eigenen Sinne. Denn normalerweise wird die maritime Grundlinie auf Grundlage einer mittleren Linie festgelegt. Peking hingegen argumentiert, dass eine gerade gezogene Linie durch die Inselgruppen als Bestimmungsgrundlage der Territorialansprüche herangezogen werden sollte. Der von Peking propagierte Ansatz definiert dementsprechend Tausende umstrittener See-Quadratkilometer als chinesische Gewässer.

In den vergangenen zwei Jahren gab es vermehrt Anzeichen, dass Peking seine Kontrollansprüche über das umstrittene Seegebiet entschiedener einfordert. So haben sich neben regelmäßigen Zwischenfällen mit den Nachbarländern (insbesondere mit Vietnam und Indonesien) auch die Zusammenstöße zwischen der US-Navy und der chinesischen Marine in der Südchinesischen See gehäuft. Im März 2009 kam es zu einem viel beachteten Zwischenfall zwischen dem US-Überwachungsschiff *USNS Impeccable* und Patrouillenbooten der chinesischen Marine. Auch dieser Zwischenfall ereignete sich vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen Auslegung der UN-Konvention zum Seerecht, über die beide Länder verhandeln. So bewegte sich das amerikanische Überwachungsboot in der »exklusiven ökonomischen Zone« Chinas (200 Seemeilen von der Küste). Nach chinesischer Auslegung der UN-Konvention zum Seerecht (UNCLOS) hätte die US-Marine das Einverständnis Chinas für solch eine »Forschungsmission« benötigt. Laut Admiral Michael Mullen, Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, hätten die USA hingegen das Recht und die Freiheit hier zu navigieren, während sie lediglich Rücksicht auf die Terri-

torialgewässer (zwölf Seemeilen von der Küste) des Küstenstaats nehmen müssten.

Dass Peking nach Aussage von US-Außenpolitikern die Südchinesische See im März 2010 als chinesisches Kerninteresse erklärt hat, führte nicht nur zur Verunsicherung bei den südlichen Nachbarn, sondern auch zu einer deutlichen Positionierung der USA in der Angelegenheit. So erklärte US-Außenministerin Hillary Clinton während einer ASEAN-Regionalkonferenz am 23.7.2010 in Hanoi zur großen Verärgerung ihres chinesischen Amtskollegen, dass es auch ein »nationales Interesse« der USA sei, die Navigationsfreiheit sowie den Respekt für internationales Recht in der Südchinesischen See zu bewahren. Ihren damit verbundenen Vorschlag, ein internationales Gremium einzurichten, um die Territorialstreitigkeiten in der Südchinesischen See zu lösen, wurde vom chinesischen Außenminister Yang Jiechi umgehend als »Angriff auf chinesische Interessen« zurückgewiesen. Gleichzeitig tadelte der chinesische Außenminister seine asiatischen Nachbarn und erinnerte sie an ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu China sowie an die Tatsache, dass sie im Vergleich zu China nur kleine Länder seien.

Bereits im Jahr 2002 hatte China eine nicht bindende Deklaration über *codes of conduct* zur Beilegung von Territorialstreitigkeiten mit den ASEAN-Staaten unterzeichnet. In der Folge war die chinesische Außenpolitik jedoch stets darum bemüht, Streitigkeiten mit Nachbarländern möglichst auf bilateraler Ebene und nicht im Rahmen von ASEAN oder anderen Foren – insbesondere nicht mit Beteiligung der USA – zu behandeln. Das bereits vorhandene Bestreben der ASEAN-Staaten, durch verstärktes militärisches Engagement der USA die regionale Stabilität zu gewährleisten, ist durch das Verhalten Pekings im vergangenen Jahr weiter gewachsen. Die Annahme, dass eine regionale Einbindung Chinas – bspw. über ASEAN, oder über den ASEM-Prozess – automatisch die Stabilität in der Region erhöht, gilt dementsprechend nur noch in eingeschränktem Maße.

Denn neben dem Verhandlungsweg versucht Peking, die USA und seine Nachbarländer auch durch die Entwicklung neuer Waffensysteme von einem Eindringen rund um chinesisches Territorium abzuschrecken. Dafür wurde in den vergangenen Jahren verstärkt in Antischiffkraketen (DF-21 D) und modernere Atom-U-Boote investiert, die der US-Marine zukünftig den Zugang in an China grenzende Gewässer verwehren sollen. Auch wenn die Aus-

weiterung des Kanons der chinesischen Kerninteressen auf die Südchinesische See von offizieller chinesischer Seite nie bestätigt wurde, zeigt die Stationierung von Atom-U-Booten sowie DF-21D Raketen auf der Insel Hainan und in der Südchinesischen Provinz Guangdong, dass Peking Tatsachen schafft. So hätte die VBA mit einer einsatzfähigen DF-21D nicht nur die gesamte Südchinesische See, sondern auch die strategischen Gewässer im Westpazifik sowie im Indischen Ozean in Reichweite. Dadurch könnte China versuchen, die USA zu zwingen, mindestens 1 500 Kilometer Abstand vom chinesischen Festland, der Küste und der Taiwan-Straße zu halten.

Im November 2010 überraschte die *China Aerospace Science and Industry Cooperation (CASIC)* – eines der größten chinesischen Waffenunternehmen – auf einer internationalen Flugausstellung in der südchinesischen Stadt Zhuhai mit der Präsentation eines integrierten Küstenverteidigungssystems auf chinesischem Boden, bei dem Marine-, Luftwaffe- und Weltraumeinheiten einen Flugzeugträger angreifen, der sich »einer Insel« (gemeint ist Taiwan) vor der chinesischen Küste nähert. In einem CASIC-Video, das auf der gleichen Ausstellung gezeigt wurde, wird für Drohnen chinesischer Produktion geworben, die die Koordinaten eines Flugzeugträgers im Verbund mit chinesischen U-Booten sammeln und weiterleiten können. Ein größerer Konflikt zwischen Festlandchina und Taiwan erscheint aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung sowie der vergleichsweise guten Beziehungen zwischen Peking und Taipeh ohnehin als sehr unwahrscheinlich. Darüber hinaus hat die chinesische Führung aber auch kein Interesse daran, einen Konflikt unter Beteiligung der USA zu provozieren. Peking versucht jedoch langfristig, den Preis zu erhöhen, den die USA und die Nachbarländer zu zahlen hätten, falls sie sich den chinesischen Gebietsansprüchen in der Südchinesischen See entgegen stellen, oder sich in der Taiwan-Frage einmischen.

3.2 Chinas Rolle in Zentralasien/Afghanistan

In den vergangenen zwei Jahren kam es vermehrt zu gewalttätigen Massendemonstrationen auf dem chinesischen Festland. Während in den meisten Fällen die Menschen aus Wut über die Korruption lokaler Kader auf die Straße gingen, hatten die Ausschreitungen im März 2008 in Tibet und im Juli 2009 in Xinjiang (Urumqi) vor allem auch eine ethnische Komponente. Im Anschluss an die

Ausschreitungen in Urumqi, der Provinzhauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, gab Peking bekannt, die finanziellen Mittel für öffentliche Sicherheit in Xinjiang im Jahr 2010 zu verdoppeln. Dennoch gibt es dort weiterhin regelmäßig Anschläge, die sich gegen den chinesischen Staat richten und eine kulturelle, religiöse sowie politische Autonomie der ethnischen Minderheiten zum Ziel haben. Dabei wird in Peking auch ständig die Gefahr der Unterstützung von regierungsfeindlichen Gruppen durch das Ausland gesehen. Zur Bekämpfung des grenzübergreifenden »Terrorismus und Separatismus«, insbesondere in der strategisch wichtigen Grenzregion Xinjiang, kooperiert Peking daher mit seinen zentralasiatischen Nachbarländern im Rahmen des regionalen Sicherheitsbündnisses *Shanghai Cooperation Organization (SCO)*. Im Sinne einer blockfreien Außenpolitik sind die im Rahmen der SCO veranstalteten Militärmanöver dementsprechend nicht gegen bestimmte Länder gerichtet, sondern dienen vor allem dem gemeinsamen Kampf der Mitgliedsländer gegen »Terrorismus, Separatismus und Extremismus«.

Neben dem Interessenausgleich mit Russland bietet die SCO China auch eine zusätzliche Plattform für den Ausbau von Energie- und anderen wichtigen Wirtschaftskooperationen mit den Nachbarländern. So konnte das Reich der Mitte bspw. im Dezember 2009 einen großen Erfolg verbuchen, als Staatspräsident Hu gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus Turkmenistan, Kasachstan und Usbekistan eine neue Pipeline einweihte. Damit tritt China allerdings auch in direkte Konkurrenz mit den Energieinteressen der EU, die ebenfalls an langfristigen Gaslieferungen aus Turkmenistan interessiert sind.

Die von der *China National Petroleum Corporation* finanzierte Pipeline soll zukünftig 40 Milliarden Kubikmeter Gas von Turkmenistan über Usbekistan und Kasachstan in die westchinesische Provinz Xinjiang befördern. Auch bei der energiepolitischen Kooperation mit den Nachbarländern sind Pekings Interessen daher eng mit der Stabilität in der autonomen Region Xinjiang verbunden. So durchqueren letztendlich alle aus Zentralasien kommenden Pipelines die strategisch wichtige Provinz. Die von Uiguren geprägte autonome Region Xinjiang ist somit entscheidend für Chinas Zentralasienstrategie und damit auch für Pekings Agenda im Rahmen der SCO. Die zunehmenden Investitionen Pekings in der gesamten Region zielen daher nicht zuletzt darauf ab, die schwelende Unzufriedenheit in Xinjiang über ökonomisches Wachs-

tum zu reduzieren und somit die Stabilisierung der Unruheprovinz zu fördern.

Neben der außenpolitischen Doktrin der Nichteinmischung und der Rücksichtnahme auf pakistanische Interessen ist diese Zielsetzung auch einer der wichtigsten Gründe, warum sich China nicht stärker in dem an Xinjiang angrenzenden Nachbarland Afghanistan engagiert, wie es sich die USA und andere westliche Länder wünschen. Offiziell wird eine militärische Beteiligung im Rahmen der International Security Assistance Forces (ISAF) in Afghanistan zwar von Peking mit der Begründung abgelehnt, China entsende grundsätzlich keine Soldaten zu Kampfeinsätzen ins Ausland, insbesondere nicht im Rahmen einer von der NATO geführten Operation. Vor allem aber befürchtet Peking, im Falle einer militärischen Beteiligung gemeinsam mit dem westlichen Bündnis die Aufmerksamkeit und den Zorn des islamischen Extremismus der gesamten Region auf den chinesischen Staat – und insbesondere auf dessen Vertretung in der Provinz Xinjiang – zu ziehen. Dabei wird auch eine stärkere Vernetzung von pakistanischen Jihad-Gruppen und regierungsfeindlichen Uiguren befürchtet. Im Anschluss an die Unruhen in Xinjiang im Juli 2009 drohten mehrere Al-Qaida-Ableger mit Anschlägen gegen chinesische Einrichtungen weltweit.

Anstatt sich in der islamischen Welt und bei den konkurrierenden Interessensgruppen in Afghanistan unbeliebt zu machen, setzt Peking lieber auf wirtschaftlichen Austausch. Im April 2009 wurde z. B. die größte ausländische Direktinvestition in der Geschichte Afghanistans getätigt. Für 3,5 Milliarden US-Dollar kaufte die *China Metallurgical Construction Corporation* die *Aynak*-Kupfermine: Ein Projekt, das bis zu 8 000 afghanische Arbeitsplätze schaffen soll. Als der afghanische Präsident Hamid Karzai Ende März 2010 Peking besuchte, betonte er dementsprechend, dass die sino-afghanischen Beziehungen nie besser gewesen seien. Für den »friedlichen Wiederaufbau Afghanistans« vereinbarte Karzai mit dem chinesischen Staatsoberhaupt Hu Jintao eine engere Zusammenarbeit bei der Ausbildung von afghanischen Fachkräften. Diskutiert wurde auch der Bau einer Eisenbahnlinie zur besseren Verbindung beider Länder und zur weiteren Verbesserung »des Handels«. Der chinesische Verteidigungsminister Liang Guanglie bot seinem Amtskollegen Rahim Wardak auch eine begrenzte militärische Unterstützung in Form der Ausrüstung afghanischer Sicherheitskräfte sowie deren Ausbildung über Trainingsprogramme an.

Beide Länder vereinbarten auch eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Terrorismus- und Drogenbekämpfung.

Unterdessen wächst jedoch der Unmut derjenigen NATO-Länder, die Kampftruppen nach Afghanistan entsandt haben. Sie halten China vor, es lasse sich von ihnen seine wirtschaftlichen Interessen schützen, ohne sich mit eigenem Personal an der militärischen Stabilisierung Afghanistans zu beteiligen. Es wird sich allerdings zeigen, ob sich diese chinesische Haltung auch mit dem gestaffelten Rückzug des westlichen Bündnisses aus Afghanistan aufrechterhalten lässt. Denn in jedem Fall wird Peking auch weiterhin ein großes Interesse daran haben, dass Afghanistan nicht im Chaos versinkt. Einerseits um negative *spill over*-Effekte auf Xinjiang, andererseits aber auch auf Pakistan zu vermeiden. Es ist daher davon auszugehen, dass Peking die Zusammenarbeit mit Kabul im Bereich Terrorismusbekämpfung auch stärker auf SCO-Ebene vorantreiben wird. Ob dies mittelfristig ausreicht, um die Sicherheit in der Grenzregion sowie den Schutz der chinesischen Afghanistan-Investitionen zu gewährleisten, ist fragwürdig. Europäische NATO-Mitglieder wie Deutschland sollten daher aufmerksam verfolgen, ob sich Pekings Dialogbereitschaft in der Afghanistanfrage erhöht. Vertreter der Volksbefreiungsarmee äußern bereits großes Interesse, in der Afghanistan-Frage nicht nur »kontaktiert«, sondern auch stärker in Entscheidungsprozesse miteinbezogen zu werden.

3.3 Chinas Rolle auf der Koreanischen Halbinsel

Als im März 2010 die südkoreanische Fregatte *Cheonan* aus bislang ungeklärten Gründen sank, beschuldigten in der Folge Südkorea und die USA Nordkorea, das Schiff mit einem Torpedo versenkt zu haben – eine Schuldzuweisung, die Pjöngjang umgehend zurückwies und die bislang weder von der chinesischen noch von der russischen Regierung mitgetragen wird. Kurz nach dem Zwischenfall wurde der nordkoreanische Diktator Kim Jong Il allerdings nach Peking »einbestellt«. Dort traf er mit dem gesamten Politbüro zusammen. Nach Aussage chinesischer Experten wurde Kim dabei bewusst mit verschiedenen Meinungen zu Nordkoreas Außen- und Sicherheitspolitik konfrontiert. Damit wollte Hu Jintao seinem Gast aus Pjöngjang zeigen, dass es innerhalb der chinesischen Führung nicht nur Wohlwollen gegenüber

Nordkorea gibt – ein direkter Appell an Kim, seine außen- und sicherheitspolitische Agenda künftig grundsätzlich enger mit Peking abzustimmen. Bereits in der Vergangenheit zeigte sich Peking höchst verärgert, insbesondere als Nordkorea nur mit einer Stunde Vorwarnung seinen zweiten Atombombentest durchführte (25.5.2009). Dieser wurde als Erdbeben der Stärke 4,3 in der nordchinesischen Grenzregion wahrgenommen. Da chinesische Atomphysiker auch die Sicherheitsstandards in den nordkoreanischen Atomanlagen kennen, bestehen ernsthafte Befürchtungen, dass es bei einem Unfall zu einer Verstrahlung der nordchinesischen Provinzen kommen könnte. Auch will Peking einen Konflikt auf der koreanischen Halbinsel unter Beteiligung der USA unter allen Umständen verhindern.

Während das chinesische Außenministerium alle Beteiligten öffentlich lediglich zu einer friedlichen Lösung des Konflikts aufrief, war China über seine Geheimdiplomatie stets aktiv darum bemüht, den Konflikt in seiner unmittelbaren Nachbarschaft nicht eskalieren zu lassen. Nach Aussage hochrangiger chinesischer Außenpolitiker habe China im vergangenen Jahr sogar mehrfach einen Krieg auf der koreanischen Halbinsel verhindert. Auf der anderen Seite betonen chinesische Gesprächspartner immer wieder, dass ihre Möglichkeiten, Einfluss auf das unberechenbare nordkoreanische Regime auszuüben, sehr begrenzt seien. Aufgrund unabsehbarer Folgen eines Zusammenbruchs Nordkoreas und den befürchteten Flüchtlingsströmen müsse Peking seine Hilfslieferungen an das Nachbarland fortsetzen. Hinter verschlossenen Türen lassen chinesische Diplomaten ihre Gesprächspartner allerdings wissen, dass sie einem friedlichen Regimewechsel in Nordkorea und einer Wiedervereinigung unter südkoreanischer Federführung grundsätzlich nichts entgegenzusetzen hätten. Die entscheidende Bedingung wäre jedoch, dass keine amerikanischen Truppen auf dem gegenwärtigen Territorium Nordkoreas stationiert würden. Da es im europäischen sowie im deutschen Sicherheitsinteresse liegt, es nicht zu einer Destabilisierung auf der koreanischen Halbinsel kommen zu lassen, sollten Dialog-Initiativen auf informeller Ebene – auch unter deutscher Beteiligung – intensiviert werden. Dabei könnte Deutschland seine eigenen, aus der Wiedervereinigung gewonnenen Erfahrungen einfließen lassen.

3.4 Chinas Beziehungen zu Indien

Chinas Beziehungen zu Indien sind geprägt von Rivalität. So sind beide Länder darum bemüht, das jeweils andere daran zu hindern, die Region zu dominieren. Aufgrund von ungeklärten Territorialansprüchen ist es in den vergangenen fünf Jahren zu wachsenden Spannungen in den indisch-chinesischen Beziehungen gekommen. China und Indien teilen sich eine 3500 Kilometer lange Grenze in der Himalaja-Region. Umstritten ist die Grenzführung entlang des indischen Bundesstaates Arunachal Pradesh auf einer Strecke von 1000 Kilometern. Nachdem es in den vergangenen Jahren nach Angaben des indischen Militärs an der nordöstlichen Grenze zu China vermehrt Grenzüberschreitungen chinesischer Soldaten gegeben haben soll, beschloss die indische Regierung, zusätzliche Truppen an die Grenze zum nördlichen Nachbarn zu verlegen. Demzufolge wurden zwei Divisionen entlang der Grenze in Arunachal stationiert und die Schlagkraft der dortigen Truppen mit Hubschraubern, leichten Geschützen und Drohnen verstärkt. Vor allem verlegte Indien aber ein Geschwader von Sukhoi 30 MKI Flugzeugen – die auch mit Atombomben bestückt werden könnten – in Einsatzreichweite von Arunachal Pradesh. Mit dieser Vorgehensweise wollen die indischen Entscheidungsträger offensichtlich zeigen, wie ernst ihnen der Schutz ihrer Territorialinteressen ist. Laut Pentagon-Bericht über die militärisch- und sicherheitsrelevanten Entwicklungen in China im Jahr 2010 hat die VBA ihrerseits nukleartransportfähige CSS-5-Raketen in der Nähe der indischen Grenze stationiert, während in Zentralchina mittlerweile bis zu 60 Abschussplattformen für nukleartransportfähige Raketen installiert wurden.

Für weitere Irritation in den indisch-chinesischen Beziehungen sorgte die Ankündigung Pekings, den Status von Jammu und Kashmir, dem von Indien verwalteten Teil Kashmirs, infrage zu stellen. Mitte 2010 sorgte schließlich Pekings Blockade des Besuchs von Generalleutnant B.S. Jaswal, der innerhalb der indischen Armee für Jammu und Kashmir zuständig ist, für weitere Verärgerung in Neu-Delhi. Als Gegenreaktion for Indiens alle militärischen Kontakte mit seinem Nachbarland für ein Jahr (bis Juni 2011) ein. Ma Jiali, Indien-Experte des China Institute of Contemporary International Relation (CICIR), sieht demnach auch die Grenzstreitigkeiten und nicht den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf oder den Machtkampf über die Ozeane als das zentrale Problem der chinesisch-indischen Beziehungen. Dieser Aufzäh-

lung müssten noch Auseinandersetzungen um Wasser zwischen China und Indien hinzugefügt werden. Hierbei geht es vor allem um das Wassermanagement eines der größten asiatischen Flüsse, des Brahmaputra (chinesisch Maquan He).

Allerdings führen auch die Vorstöße der chinesischen Marine in den Indischen Ozean zu Spannungen zwischen beiden Ländern. Unlängst wurde der Direktor der Logistikabteilung innerhalb der Stabsleitung der VBA mit dem Ausspruch zitiert, es sei nicht länger akzeptabel, den Indischen Ozean als Ozean der Inder zu behandeln; daher solle man auch bewaffnete Konflikte mit ins Kalkül ziehen. Neben dieser Rhetorik verstärken Chinas Investitionen in den Ausbau einer Reihe von Häfen am Indischen Ozean das Gefühl der Einkreisung und Bedrohung in der indischen Wahrnehmung. Vor diesem Hintergrund und infolge der sichtbaren Aufrüstung der chinesischen Marine will das indische Militär bis 2017 vier Flugzeugträger in Dienst stellen und arbeitet kontinuierlich an der Verbesserung seiner hochseetauglichen Marine. Bereits im Sommer 2009 wurde Indiens erstes Atom-U-Boot *INS Arihant* eingeweiht. Auf den Andaman-Inseln hat Indien einen Marine-Kommandostützpunkt errichtet, nur etwa 190 Meilen von Coco Island (Myanmar) entfernt, wo China derzeit seine Militärbasis ausbaut. So können beide gegenseitig ihre Aktivitäten beobachten. Auch in Bezug auf andere chinesische Stützpunkte (z. B. Gwadar in Pakistan) versucht Indien diese durch Investitionen in eigene Basen (bspw. in den iranischen Hafen von Chabahar) zu konterkarieren.

Im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization versucht Peking, den regionalen Einfluss Delhis möglichst klein zu halten, indem es die von Russland unterstützte Aufwertung Indiens von einem Beobachter zu einem vollwertigen Mitglied blockiert. Moskau wiederum knüpft an die Vollmitgliedschaft Indiens eine von Peking unterstützte Aufwertung Pakistans zum Vollmitglied.

Als ständige Bedrohung nimmt die indische Führung die enge Beziehung zwischen China und Pakistan und insbesondere die militärische Zusammenarbeit beider Länder wahr. Peking wiederum betrachtet die Verbesserung der Beziehung Indiens zu den USA, die sich nicht zuletzt in der Unterzeichnung des Abkommens zur zivilen Nutzung der Atomenergie im Jahr 2008 widerspiegelt, mit Sorge. Trotz des andauernden Konkurrenzkampfes arbeiten China und Indien auf politischer wie diplomatischer

Ebene jedoch intensiv daran, größere Konflikte zu vermeiden und sind Kooperationspartner in verschiedenen multilateralen Foren. Vor diesem Hintergrund begrüßt Neu-Delhi zwar einerseits die Bemühungen des Westens, insbesondere der USA, den politischen wie wirtschaftlichen Austausch mit dem eigenen Land zu intensivieren, gleichzeitig wird von indischer Seite jedoch stets betont, dass das Land sich nicht in einer gegen China gerichteten »Union der Demokratien« instrumentalisieren lasse.

3.5 Chinas Waffenverkaufs-Diplomatie

Die Volksrepublik nutzt ihre Waffenexporte – wie andere Länder auch – zur Stärkung der Beziehungen mit strategisch wichtigen Ländern. Im Jahr 1982 lieferte die Volksrepublik Pakistan allerdings die kompletten Pläne für eine 25 Kilotonnen-Atombombe und genug waffenfähiges Uran für zwei Bomben. Dem folgten im Laufe der Jahre immer wieder Lieferungen mit Bestandteilen für Nuklearreaktoren. Im Februar 2010 sorgte die Bekanntgabe seitens der China National Nuclear Corporation über die Unterzeichnung eines Kreditabkommens zwischen Peking und Islamabad für den Bau von zwei Atomreaktoren in Chasma für viel Aufsehen. Im November 2009 vereinbarte Peking mit Islamabad den Verkauf eines seiner modernsten Kampfjets, den J-10. Gemeinsam arbeiten beide Länder auch an der Entwicklung neuer Flugzeugtypen.

China soll auch der Hauptlieferant für Technologien zur Herstellung von ballistischen Raketen und Marschflugkörpern sowie chemischer und nuklearer Waffentechnologie an den Iran zwischen 1981 und (mindestens bis) 1997 gewesen sein. Während die »Allwetterfreundschaft« zu Pakistan als Gegengewicht gegenüber Indien fungiert, spielen Öl- und Gaslieferungen eine herausragende Rolle in den Beziehungen zum Iran (nach Saudi-Arabien zweitwichtigster Energielieferant für China).

In Südamerika tritt die Volksrepublik mit ihren modernen Waffensystemen zum Missfallen Moskaus bereits in direkte Konkurrenz zu russischen Waffenproduzenten. So erhält neben Venezuela, Bolivien und Argentinien insbesondere Brasilien im Rahmen des China-Brazil Earth Resources Satellite Program (CBERS) chinesische *dual use*-Weltraumtechnik. Im vergangenen Jahr hat China bereits sechs von 18 vereinbarten K-8 Karakorum Leicht-Kampfflugzeugen an Venezuela geliefert.

Neben diesen strategisch angelegten Waffenverkäufen, die im Einklang mit den Interessen der chinesischen Außenpolitik stehen, verkaufen chinesische Waffenfirmen jedoch auch »relativ autonom« vor allem Produkte im Niedrigpreissegment an Entwicklungsländer. Neben der engen Verflechtung politischer Eliten bzw. deren Familien mit großen Waffenunternehmen liegt dies auch daran, dass die chinesischen Rüstungsexportbestimmungen bei Kleinwaffen kaum greifen. Seit dem Jahr 2000 soll China an 27 von 53 afrikanischen Ländern Kleinwaffen verkauft haben. Nachdem sich die chinesische Regierung lange Zeit sehr skeptisch gegenüber einem Arms Trade Treaty (ATT) äußerte – mit dem eine weltweit wirksame Kontrolle des Transfers von Kleinwaffen angestrebt wird – signalisiert Peking mittlerweile grundsätzlich seine Unterstützung. Die Einbindung Chinas in den ATT sollte daher auf UN-Ebene unbedingt weiter vorangetrieben und von Deutschland aktiv unterstützt werden.

3.6 Chinas technologische Herausforderung

Die VBA hat sich laut des Weißbuchs 2010 das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2020 wichtige Fortschritte bei der »Informationalisierung« (xinxihua) zu machen, um durch beschleunigte Informationsgewinnung, -verarbeitung und -nutzung integrierte Operationen der Streitkräfte durchführen und »lokale Kriege im Informationszeitalter« gewinnen zu können. Da dies die Nutzung von Präzisionswaffen sowie Hi-Tech Informations- und Kommunikationstechnologie voraussetzt, wird seit einigen Jahren die »Synthese von militärischer und ziviler Wirtschaft« (junmin jiehe) zur Weiterentwicklung eines eigenen militärisch-industriellen Komplexes verstärkt vorangetrieben.

Mit viel Aufmerksamkeit wird weltweit das prestigeträchtige Weltraumprojekt der Chinesen verfolgt. So ist die Volksrepublik erst der dritte Staat, der Astronauten eigenständig in die Erdumlaufbahn befördert hat. Im Jahr 2008 konnte im Rahmen des bemannten Weltraumfluges *Shenzhou VII* darüber hinaus der erste *Spacewalk* als weiterer Etappenerfolg verkündet werden. Ende September 2011 verkündete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua den erfolgreichen Abschuss der Raumkapsel »tiangong-1«, dem ersten Modul für die von China geplante bemannte Raumstation »tiangong« (Himmelsplatz). Diese soll im Jahr 2021 in Betrieb genommen werden. Sollte die internationale Raumstation ISS tatsächlich wie geplant im Jahr 2020 den Betrieb einstellen, würde

die Volksrepublik damit zum einzigen Land mit einer einsatzbereiten Raumstation werden. Eine Trägerrakete vom Typ »Langer Marsch 2F« hatte die Raumkapsel Ende September in den Orbit geschossen. Weiterhin arbeiten chinesische Wissenschaftler an der Trägerrakete »Langer Marsch 5«, mit der sehr große Ladungen ins All transportiert werden können.

Während China in der Vergangenheit immer wieder beteuert hat, den Weltraum friedlich nutzen und ein Wettrennen im All verhindern zu wollen, haben verschiedene Zwischenfälle wiederholt Zweifel daran aufgeworfen. Dabei ist zunächst der Abschuss eines ausgedienten Wettersatelliten durch eine chinesische ASAT-Rakete im Jahr 2007 zu nennen, der erst mit großer zeitlicher Verzögerung vom chinesischen Außenministerium kommentiert wurde. Laut US-Air-Force Secretary Michael Wynne habe die VBA mit dieser einen Aktion die Verletzlichkeit der amerikanischen Weltraum-Infrastruktur deutlich aufgezeigt.

Im November 2009 sorgten Kommentare des obersten Luftwaffengenerals Xu Qiliang für Aufregung und Spekulationen. So erklärte dieser in einem Interview entgegen der bisher verbreiteten offiziellen Linie, dass die Militarisierung des Weltraums durch China unausweichlich sei und die chinesische Luftwaffe eine aktivere Rolle anstrebe. Dieses gerade in den USA für große Aufregung sorgende Statement wurde kurz darauf, während der Feierlichkeiten zum 60. Jahrestags der Gründung der chinesischen Luftwaffe, von Hu Jintao persönlich widerrufen. Demnach würde die Volksrepublik weiterhin auf eine »friedliche Nutzung des Weltraums hinarbeiten«. China werde stets an seiner defensiven Verteidigungspolitik festhalten und auf keinen Fall militärische Expansion oder ein Wettrennen betreiben, so Hu in seiner Klarstellung.

Um sich in Zukunft sowohl zivil als auch militärisch vom amerikanischen GPS-System unabhängig zu machen, wurde ein eigenes System in China entwickelt, das so genannte *Beidou-System*. Im Lauf des Jahres 2011 soll das *Beidou-2-System* operabel sein und bis zum Jahr 2020 will China 30 bis 35 Satelliten für das System zur globalen Navigationserfassung in Betrieb nehmen, um in direkte Konkurrenz zur kommerziellen Nutzung des amerikanischen GPS-Systems zu treten. Neben der zivilen Nutzung hat Beidou eine wichtige militärische Bedeutung. So ist es gerade in Bezug auf C4ISR-Systeme

zur Aufklärung/Überwachung und zum Führungsverbund der Streitkräfte von besonderer Relevanz. Ein erfahrener chinesischer Militär erklärte die Entwicklung von Beidou mit der Demütigung, die die VBA während der »Taiwan-Krise« im Jahr 1996 erleiden musste. Damals schalteten die Amerikaner China den GPS-Zugang ab, so dass die Flugbahn der »Raketenwarnschüsse« vom Festland in Richtung Taiwan nicht mehr nachverfolgt werden konnte. Da das GPS-System ausschließlich von den USA kontrolliert wird, bleibt ihnen der Gebrauch im Fall einer Krise allein vorbehalten.

China ist neben den USA und Japan das dritte Land überhaupt, das einen »Peta-Flop-Supercomputer« entwickeln konnte. Im Vergleich zu den US-amerikanischen und japanischen Varianten rangiert der chinesische Supercomputer *Tianhe* in Bezug auf seine Geschwindigkeit auf dem weltweit zweiten Platz. Nach offiziellen Angaben soll er für zivile Forschungszwecke eingesetzt werden. Entwickelt wurde er allerdings von chinesischen Unternehmen an der zivil-militärischen Schnittstelle, gemeinsam mit der National Defense Technology University, was auf seine *dual use*-Eigenschaften hindeutet.

Nicht nur die USA (sondern u. a. auch Großbritannien, Frankreich, Indien, Südkorea, Taiwan und Deutschland) werfen dem chinesischen Militär vor, sich zur Erlangung von vertraulichen Informationen gezielt in die Computer militärischer Einrichtungen, Regierungen und großer Unternehmen anderer Länder einzuhacken. Laut jüngstem Bericht des deutschen Bundesverfassungsschutzes vom Juli 2011 haben die meisten festgestellten elektronischen Angriffe auf Netzwerke von Behörden und Unternehmen ihren Ursprung in China, wobei vieles auf eine Steuerung durch chinesische Nachrichtendienste hindeute. Ein offenes Geheimnis ist, dass die VBA unter dem Begriff »integriertes Netzwerk elektronische Kriegsführung« (*wangdian yitizhan*) die Möglichkeit zur elektronischen Kriegsführung in den vergangenen Jahren verstärkt vorangetrieben hat. Dies geschieht beispielsweise durch eine Störung der Informationsübermittlung der gegnerischen Streitkräfte und durch Angriffe auf sensible Computernetzwerke des Gegners. Im Sommer 2010 berichtete die *PLA Daily* erstmalig öffentlich darüber, dass die VBA ein »Cyber War Command« unter der direkten Führung des Generalstabs in Betrieb genommen habe. Diese Bekanntgabe ist eine direkte Reaktion auf die Einrichtung des »US Cyber Command« im vergangenen Jahr und ein offenes Eingeständnis darüber, dass die VBA jene Fähig-

keiten weiter ausbaut. Beide Länder bereiten sich demnach verstärkt auf Konflikte im Cyberspace vor. So hat die Obama-Administration in ihrer jüngst vorgestellten Cyberwar-Doktrin bereits angekündigt, dass die USA auf feindliche Akte im Cyberspace so reagieren werde wie auf jeden anderen Angriff. Bei einer Attacke auf ihre kritische Infrastruktur würden sich die USA nach eigener Aussage demnach alle Mittel vorbehalten, um ihre Interessen und die ihrer Verbündeten zu schützen.

3.7 Chinas Verhalten im Rahmen der Vereinten Nationen

Beteiligung an Peacekeeping-Einsätzen

Nach Angaben des Weißbuchs 2010 hat die Volksrepublik seit 1990 über 17 000 Soldaten und Militärbeobachter für 19 *Peacekeeping*-Einsätze der Vereinten Nationen entsandt. Mit mehr als 2 000 chinesischen Armee- und Polizeikräften leistet China derzeit den größten Beitrag aller Vetomächte bei der Friedenssicherung. Im internationalen Vergleich rangiert China allerdings lediglich auf Platz 14 als Truppensteller für VN-Friedensmissionen. Auch sind die chinesischen *Peacekeeper* vor allem an Orten konzentriert, in denen die Volksrepublik eigene wirtschaftliche und politische Interessen verfolgt. Chinas Beitrag in *Peacekeeping*-Einsätzen ist in den vergangenen 20 Jahren somit zwar erheblich gewachsen, wäre aber durchaus noch ausbaufähig.

Anti-Piraterie-Mission

Ende 2008 hat Peking zwei Marineschiffe und ein Versorgungsschiff zur Piraterie-Bekämpfung an das Horn von Afrika entsandt. Auch wenn sich die chinesischen Verbände nicht einem zentralen Kommando unterordnen und sich mit den Verbänden der internationalen Anti-Piraterie-Missionen¹ lediglich koordinieren, wird die Teilnahme Chinas an den durch die UN-Sicherheitsratsresolutionen 1816, 1838, 1848 und 1851 abgesetzten Missionen als positives Beispiel für eine sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit China gesehen. Aus chinesischer Sicht, die auch in einem eigenen Kapitel des Weißbuchs

1. Deutschland beteiligt sich im Rahmen der *EU NAVFOR Somalia Operation Atalanta*

2010 noch einmal dargelegt wird, dient die Teilnahme vor allem drei Zielen:

I. Die mangelnde Einsatzerfahrung der chinesischen Marine durch die Teilnahme an dieser internationalen Mission zu verbessern

So hat die Führung der VBA »military operations other than war« (MOOTW) als eine wichtige Möglichkeit identifiziert, um ihr Militär in Friedenszeiten zu testen. Der stellvertretende Vorsitzende der ZMK Xu Caihou hat dementsprechend unlängst angekündigt, dass MOOTW in Zukunft zu einer Routine und permanenten Mission für die VBA werden sollte.

II. Dem Schutz eigener Handels- und Rohstoffinteressen

Da fast die Hälfte aller chinesischer Ölimporte aus dem mittleren Osten stammt, hat China ein genuines Interesse daran, den Seetransport seiner Energieimporte auf dieser Route zukünftig besser abzusichern. Nach Aussage von Admiral Wu Shengli, Oberkommandierender der chinesischen Marine, »ist dies das erste Mal, dass wir unsere strategischen Interessen militärisch außerhalb der Landesgrenzen schützen«. So ist die Entsendung von drei Kriegsschiffen der erste aktive Einsatz der chinesischen Marine außerhalb der pazifischen Gewässer.

III. Chinas Profil als international verantwortungsbewusster Akteur zu schärfen

Mit ihrer Teilnahme an Friedensmissionen der Vereinten Nationen kann sich die Volksrepublik als international verantwortungsbewusster Akteur profilieren.

Gleichzeitig spiegelt sich in der chinesischen Beteiligung eine in den vergangenen Jahren vollzogene Verschiebung bei der Auslegung der Doktrin der Nichteinmischung wider. Demnach ist eine chinesische Beteiligung an internationalen Missionen dann möglich, wenn sie durch ein UN-Mandat legitimiert ist und der betroffene Staat (in dem Fall die »somalische Regierung«) Unterstützung anfragt.

Der nächste Schritt zur Verbesserung der praktischen Einsatzerfahrung wäre die Entsendung von chinesischen Kampfverbänden in Krisenregionen. Es verwundert daher nicht, dass das chinesische Verteidigungsministerium im Sommer 2010 schon einmal einen Testballon hat aufstei-

gen lassen. So erklärte Oberst Tao Xiangyang, stellvertretender Direktor im Ministerium für Friedenssicherung, dass der mögliche Wunsch der Vereinten Nationen nach Kampftruppen von der chinesischen Regierung ernsthaft geprüft würde. Bereits im November 2009 hatte sich Senior Colonel Wei Yanwei aus der gleichen Abteilung des Ministeriums ähnlich auf einem internationalen Forum zur Friedenssicherung in Peking geäußert.

Abstimmungsverhalten im UN-Sicherheitsrat (am Beispiel der Iran- und Libyen-Resolution)

Im Rahmen der E3+3-Verhandlungen zweifelt China regelmäßig die Wirksamkeit von Sanktionen gegen den Iran an und plädiert stets für eine diplomatische Verhandlungslösung. Dass der Iran nach Saudi-Arabien Chinas zweitwichtigster Energielieferant ist und Peking auch mit vielen weiteren Investitionen an das Land gebunden ist, spielt dabei zweifellos eine entscheidende Rolle.

Auch Anfang 2010 lehnte China als turnusmäßiger Vorsitzender des Weltsicherheitsrates jegliche Strafmaßnahmen gegen Teheran ab. »Dies sei nicht die Zeit für Sanktionen (...)<«, sagte der chinesische UN-Botschafter Zhang Yesui. Kurz zuvor, am 7. Januar, hatte allerdings das Pentagon angekündigt, dass amerikanische Rüstungskonzerne autorisiert wurden, 253 *Patriot Advanced Capability-3 air defense missiles* (PAC-3) an das taiwanische Verteidigungsministerium zu verkaufen. Dieser Verkauf war Teil eines Rüstungspakets in Höhe von 6,5 Milliarden US-Dollar, das Ende 2008 noch unter Präsident George Bush jr. vereinbart worden war. Die Sprecherin des chinesischen Außenministeriums Jiang Yu bezeichnete den Verkauf nach Bekanntgabe umgehend als »Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas«. Befürchtet wird, dass Taiwan über das PAC-3-System die Bedrohung durch die Kurz- und Mittelstreckenraketen des Festlandes neutralisieren könne.

Sanktionen gegen Teheran zu blockieren und dies mit dem Verhalten der USA gegenüber Taiwan in Verbindung zu setzen, ist eine bewährte Taktik Pekings, um amerikanische Waffenverkäufe an Taiwan zu stoppen. Im Juni 2010 stimmte die Volksrepublik im UN-Sicherheitsrat allerdings einem entschärften Resolutionsentwurf und damit der 4. Runde von Sanktionen gegen die islamische Republik zu. Die vorausgegangenen heftigen verbalen Reaktionen Chinas zielten nicht zuletzt darauf ab, Wa-

shington die »rote Linie« für weitere anstehende Waffenverkäufe aufzuzeigen. So hätte die nächste, durch die Bush-Administration im Oktober 2008 beim Kongress beantragte Waffenlieferung, den Verkauf von F-16 C/D-Kampfflugzeugen, *Black Hawk*-Hubschraubern und Diesel U-Booten – also hochmodernen Offensivwaffen – beinhaltet. Vermutlich war dies auch das wichtigste Druckmittel der Amerikaner, um Peking letztendlich zur Unterstützung der neuen Iran-Sanktionen zu bewegen. Ende September 2011 kündigte die US-Regierung allerdings an, u. a. Taiwans vorhandene 145 F 16 A/B Kampffjets mit neuen Radar- und Waffensystemen zu modernisieren. Zuvor hatte das Weiße Haus dem US-Kongress das Waffengeschäft mit einem Gesamtvolumen von 5,85 Milliarden Dollar zur Freigabe zugeleitet. Als Reaktion auf den Druck der chinesischen Führung geht der Entwurf allerdings nicht auf Taiwans Wunsch nach 66 hochmodernen F-16-C/D-Bombern ein.

Im Februar 2011 stimmte China der *Resolution 1970* zu. Diese verhängte Wirtschaftssanktionen, ein Waffenembargo sowie weitreichende andere Sanktionen gegen Mitglieder des Gaddafi-Regimes. Im März 2011 enthielt sich der chinesische Vertreter bei der Abstimmung zur Libyen-Resolution 1973. Sein Abstimmungsverhalten führen Beobachter vor allem darauf zurück, dass neben den anderen Sicherheitsratsmitgliedern vor allem die Arabische Liga und die Afrikanische Union eine Intervention in Libyen befürworteten. Da sich China nach wie vor gerne als Fürsprecher der Entwicklungsländer präsentiert und wichtige Handels- und Energieinteressen zu beiden Regionen hegt, wollte sich Peking in der Frage nicht isolieren. Da auch die Regionalorganisationen die Resolution unterstützten, wurde gegenüber der eigenen Bevölkerung gleichzeitig der Eindruck vermieden, auf Druck der USA und Europa zu handeln. Darüber hinaus waren die Beziehungen Pekings zu Muammar al-Gaddafi aufgrund verschiedener Zwischenfälle schon seit längerem belastet.

Daraus lässt sich folgern, dass:

- Peking – mittlerweile sogar bei den USA – die Verletzung seiner eigenen Kerninteressen mit der Verletzung wichtiger Interessen seines Gegenübers beantwortet.
- Peking eine höhere Kooperationsbereitschaft für Sanktionen gegen ein Land zeigt, wenn diese von Regionalorganisationen des globalen Südens befürwortet werden.

4. Zusammenfassung der aktuellen Entwicklungen in der chinesischen Außen- und Sicherheitspolitik

Aufgrund der ständigen Gefahr der Destabilisierung einiger Regionen und der damit verbundenen »internen Fragmentierung« des Reichs der Mitte muss China weiterhin einen großen Teil seiner militärischen und sicherheitspolitischen Aufmerksamkeit auf interne Probleme konzentrieren. Dieser Fokus nach Innen lässt sich auch an der paramilitärischen »Bewaffneten Volkspolizei« ablesen, die mit 660 000 Mann größer ist als nationale Armeen anderer Länder und im Fall von Massenunruhen und Terrorattacken zum Einsatz kommt. Aufgrund der schwierigen geopolitischen Lage und der »strukturellen Schwäche« im Inland werden Chinas Fähigkeit zur internationalen Machtprojektion sowie zur Übernahme von mehr globaler Verantwortung weiterhin stark eingeschränkt bleiben.

Nach dem außenpolitischen Konzept der »Harmonischen Welt«, in das die chinesische Sicherheitsstrategie eingebettet ist, bleibt die chinesische Führung eigentlich grundsätzlich darauf bedacht, militärische Konfrontationen zu vermeiden. In der (chinesischen) Theorie bedeutete dies, dass nach innen über die Verwirklichung der »harmonischen Gesellschaft« Stabilität und implizit der Machtanspruch der KPCh aufrecht erhalten werden sollte. Nach außen werden gleichzeitig die entsprechenden Bedingungen für eine möglichst reibungslose wirtschaftliche Weiterentwicklung Chinas geschaffen, die wiederum für die innere Stabilität des Landes entscheidend sind. So ist sich Peking durchaus bewusst, dass kriegerische Auseinandersetzungen die in den vergangenen 30 Jahren erzielten Entwicklungserfolge genauso wie den eigenen Machtanspruch gefährden würden. Abgeschreckt durch die weltpolitischen Katastrophen, die Japan und Deutschland bei der aggressiven Ausdehnung ihrer Macht und der Entfesselung des II. Weltkriegs herbeigeführt haben, bestand innerhalb der Pekingener Führung bislang ein breiter Konsens darüber, dass der »Aufstieg« des Landes nicht gegen die führenden Industrienationen und bestehenden internationalen Regeln erreicht werden kann.

Zur Erreichung der vor allem innenpolitisch motivierten Zielsetzung des internationalen Aufstiegs ist die chinesische Führung allerdings bereit, relativ flexibel und fallgebunden ihre Entscheidungen in der Außen- und Sicher-

heitspolitik zu treffen. Koalitionen mit anderen Ländern, auch bei Abstimmungen im Sicherheitsrat, sind häufig von taktischen Beweggründen zum eigenen Vorteil geleitet.

Gleichzeitig fordert die Volksrepublik als mittlerweile zweitgrößte Wirtschafts- und Handelsnation der Welt und zweitgrößter Konsument von Rohstoffen ihre außen- und sicherheitspolitischen Interessen zunehmend offensiver ein. Damit verändert China schrittweise die Koordinaten des internationalen Systems in seinem Sinne. Dabei erscheint es allerdings so, als ob die außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträger sowie deren Berater noch an einer konsistenten Strategie basteln, während einige Akteure – insbesondere innerhalb der VBA – für eine härtere Gangart eintreten. So wird in Gesprächen mit chinesischen Politikern sowie mit Vertretern chinesischer Thinktanks deutlich, dass es unter den außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern und deren Beratern bislang keinen Konsens gibt, welche Rolle das wieder erstarkte China im internationalen System spielen soll.

Dies liegt vor allem auch daran, dass sich die Volksrepublik zunehmend zwischen verschiedenen Identitäten bewegt: Einerseits erfüllt sie in vielen Landesteilen weiterhin alle Charakteristika eines Entwicklungslandes, während sie gleichzeitig als Regional- bzw. globale Macht ihre Interessen geltend macht. Überspitzt formuliert wird daher momentan in China darüber diskutiert, ob man bereits die Nummer zwei oder vielleicht doch noch die Nummer 102 ist. »Die weltweite Finanzkrise hat Chinas Aufstieg zweifellos unerwartet beschleunigt und die Unsicherheit darüber, wie China international auftreten soll, weiter erhöht. Was in fünf bis zehn Jahren geschehen sollte, hat die Krise auf ein bis zwei Jahre verkürzt«, so Tao Wenzhao, Wissenschaftler der Amerikanistik an der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften. Aus dieser Entwicklung ergibt sich jedoch die Gefahr, dass einige Akteure versuchen, die eigene Machtprojektionsfähigkeit nach dem Prinzip *Trial and Error* auszutesten, ohne sich der langfristigen Folgen bewusst zu sein. Diese Ambiguität in Verbindung mit einem nur wenig transparenten Entscheidungsprozess in der Sicherheitspolitik lassen China oft als nur schwer berechenbare Größe erscheinen.

Gegen Ende des Jahres 2010 hat Peking selbst eine sehr kritische Bilanz der eigenen Außen- und Sicherheitspolitik gezogen. Problematisch bleibt jedoch, dass die chine-

sische Führung nicht die Schlussfolgerung gezogen hat, im Jahr 2010 überzogene Forderungen gestellt zu haben. Vielmehr bleibt sie bei der Überzeugung, es seien lediglich legitime chinesische Interessen vertreten worden, die im Einklang mit der »defensiven Außen- und Sicherheitspolitik« des Landes stünden. Die Verschlechterung der Beziehungen zu seinen Nachbarländern führt Peking stattdessen auf gezielte Schachzüge der USA zurück. Denn aus Pekings Sicht ist China die Status quo-Macht in Asien, während die USA »die Harmonie« in der Region aus dem Gleichgewicht bringen. Den USA den Zugang auf und um Chinas Territorium zukünftig zu verwehren, die Wiedervereinigung mit Taiwan herbeizuführen sowie chinesische Interessengrenzen in der Südchinesischen See – aber auch im Weltraum – zu schützen, sind nach dieser Logik Ausdruck einer defensiven Sicherheitspolitik. Die verbesserten militärischen Fähigkeiten der VBA dienen in der Außendarstellung der chinesischen Führung daher auch lediglich »Selbstverteidigungszwecken«.

Die EU ist zwangsläufig von diesen Entwicklungen tangiert, auch wenn bislang keine direkten sicherheitspolitischen Konflikte mit China bestehen. So ergeben sich für Deutschland wie für andere EU- und NATO-Mitgliedsländer u. a. folgende Fragen:

- Wie sollte die EU ihre Asien- und Pazifikstrategie vor dem Hintergrund Chinas Aufstieg weiterentwickeln? Sollte sie sich in sicherheitspolitischen Fragen in dieser Region auch weiterhin an die USA binden? Was bedeutet eine solche enge Bindung in einem Konfliktfall? Inwiefern muss der von der EU bislang verfolgte Ansatz der regionalen Einbindung Chinas erweitert bzw. modifiziert werden? Grundsätzlich muss überprüft werden, welche der bestehenden und neu entstandenen chinesischen Ansprüche die EU bzw. Deutschland anerkennt und welche realistischen Gegenleistungen es dafür einfordert.
- Wie müsste eine neue sicherheitspolitische Architektur für Ostasien ausgestaltet sein, die den friedlichen Aufstieg Chinas in der Region fördert und einen verantwortungsvollen Umgang der chinesischen Regierung mit ihrer wachsenden Machtfülle gewährleistet? Welchen Beitrag kann die EU, kann Deutschland dafür leisten?
- Da China aufgrund seines rasanten wirtschaftlichen Wachstums auf dem Energiemarkt zunehmend als Konkurrent der EU auftritt, stellt sich die Frage, wie sich beide Seiten bezüglich der Energiesicherheit zukünftig enger



abstimmen könnten. Damit verbunden ist einerseits die Frage, wie eine Zusammenarbeit der EU und Chinas aussehen kann, die (auch über die Seewege) gesicherte Zugänge zu Rohstoffen und Energie gewährleistet. Andererseits aber auch, wie die EU mit den problematischen Energiepartnerschaften Chinas zu Ländern wie dem Iran umgeht.

- Welche Rolle spielt die NATO in Deutschlands Beziehungen zu China? Dies bedarf auch der Klärung des Stellenwerts der »globalen Partner« der NATO (Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland) und der Folgen dieser Partnerschaften für die Beziehungen zu China.
- Wie kann man China dazu bewegen, in einen intensiveren Dialog zur Stabilisierung Afghanistans im Sinne der gemeinsamen Nachbarschaft einzutreten?
- Wie kann China zu mehr multilateraler Kooperation in sensiblen Fragen motiviert werden (bspw. in Bezug auf Nordkorea, Iran, die Südchinesische See, in Proliferationsfragen sowie beim Schutz kritischer Infrastruktur vor Cyberattacken)?
- Wie kann China zur aktiveren Teilnahme an internationalen Regimes wie dem ATT, dem Nichtverbreitungsvertrag u. a. bewegt werden?
- Welche Möglichkeiten gibt es, China im Bereich des internationalen *Peacekeepings* noch stärker einzubinden?



Über die Autoren

Der AK Internationale Sicherheitspolitik ist ein Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung für den Austausch über aktuelle sicherheitspolitische Themen. Die Mitglieder des Arbeitskreises kommen aus dem Bundestag, Bundesministerien und wissenschaftlichen Instituten. Ihm gehören u. a. an: Franz H. U. Borkenhagen, Hans-Georg Ehrhart (IFSH), Roland Kästner, Sergio Grassi (FES), Christos Katsioulis (FES), Gero Maaß (FES), Detlef Puhl, Sammi Sandawi, Michael Schäfer, Axel Schneider, Oliver Thränert (SWP).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung
Internationale Politikanalyse | Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Gero Maaß, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248
www.fes.de/ipa

Bestellungen/Kontakt hier:
info.ipa@fes.de

Die Internationale Politikanalyse (IPA) ist die Analyseeinheit der Abteilung Internationaler Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. In unseren Publikationen und Studien bearbeiten wir Schlüsselthemen der europäischen und internationalen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Unser Ziel ist die Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen und Szenarien aus der Perspektive der Sozialen Demokratie.

Diese Publikation erscheint im Rahmen der Arbeitslinie »Europäische Außen- und Sicherheitspolitik«,
Redaktion: Christos Katsioulis, christos.katsioulis@fes.de, Redaktionsassistentz: Nora Neye, nora.neye@fes.de.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN 978-3-86872-890-3